

DOPPELHAUSHALT		2019/2020
STELLUNGNAHME zu Antrag		377-379
SPD-Gemeinderatsfraktion	Seite HH-Plan	Produktgruppe
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion		
Die Linke	273	4140-500
---	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart	
---	Transferaufwendungen	

Zuschusserhöhung Krebsberatungsstelle		

Die SPD beantragt für die Krebsberatungsstelle eine Erhöhung des Zuschusses um 48.000 Euro und 10.000 Euro für die Jahre 2019 und 2020. Daneben beantragt die Linke eine Erhöhung des Zuschusses um 74.000 Euro für die Jahre 2019 und 2020. Weiterhin beantragt das Bündnis 90 – Die Grünen eine Erhöhung des Zuschusses um 30.000 Euro für die Jahre 2019 und 2020.

Im Rahmen des HSPKa haben die Träger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und aufgrund der angekündigten Regelfinanzierung durch den Bund einen Großteil der Einsparungen bei der Krebsberatungsstelle in Abzug gebracht. Auf Wunsch des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg kam es in Karlsruhe zu einer Fusion der beiden psychosozialen Krebsberatungsstellen. Seit Januar 2017 gibt es eine Krebsberatungsstelle in Karlsruhe in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt und des Diakonischen Werkes. Da die für die Krebsberatungsstellen angekündigte Regelfinanzierung durch den Bund nicht so schnell wie erwartet umgesetzt wird, erzielt die Krebsberatungsstelle ein erhebliches Defizit. Mit einer Anschlussfinanzierung durch den Bund ist frühestens im Jahr 2020 zu rechnen. Weiterhin ist die vom Land Baden-Württemberg für die Fusion bezuschusste Förderung zwischenzeitlich ebenfalls ausgelaufen. Dem Wegfall des Landeszuschusses und der verzögerten Anschlussfinanzierung des Bundes stehen jedoch stetig steigende Fallzahlen gegenüber. Mit den vorhandenen Mitteln ist die Aufgabenerfüllung der Krebsberatungsstelle nicht mehr angemessen realisierbar. Die Krebsberatungsstelle in Karlsruhe partizipiert auch nicht von der Überbrückungsfinanzierung des Landes Baden-Württemberg, da diese auf acht psychosoziale Krebsberatungsstellen im Bundesland begrenzt ist.

SPD Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



09.10.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Zuschusserhöhung Krebsberatungsstelle

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 273	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 4140-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	10.000	10.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Finanzierung der Krebsberatungsstelle in Trägerschaft von AWO und Diakonisches Werk

▶ Sachverhalt | Begründung

Zusätzlich zu der beantragten Zuschusserhöhung um 48000 Euro jährlich bedarf es einer darüber hinausgehenden Zuschusserhöhung um 10000 Euro, aufgrund der Aufstockung der notwendigen Vollzeitstelle. Die Aufstockung um eine Vollzeitstelle (Psychologin/Psychologe) ist fachlich dringend notwendig und wird deshalb von der antragsstellenden Fraktion unterstützt.

Unterzeichnet von:

Parsa Marvi und SPD-Fraktion

GRÜNE Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



09.10.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Krebsberatungsstelle (Diakonisches Werk und AWO)

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 273	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 4140					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	30.000	30.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Krebsberatungsstelle (Diakonisches Werk und AWO)

▶ Sachverhalt | Begründung

Seit der Zuschussreduzierung erwirtschaftet die Beratungsstelle ein deutliches Defizit. Deshalb mussten 1,5 Personalstellen abgebaut werden und der Bedarf kann somit nicht abgedeckt werden. Ab frühestens 2020 ist mit der zugesagten Regelfinanzierung durch den Bund zu rechnen.

Unterzeichnet von:

Dr. Ute Leidig, Johannes Honné und GRÜNE Fraktion

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

27.09.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Krebsberatung von AWO und Diakonie - Zuschusserhöhung zum Defizitausgleich

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 273	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 4140-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	74.000	74.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ AWO und Diakonie bitte Zuschussempfänger eintragen

▶ Sachverhalt | Begründung

Aufgrund des Wegfalls des Zuschusses des Landes Baden-Württemberg ist das Defizit aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Sabine Zürn

Trotz der fachlich positiven Bewertung des Antragbegehrens hält die Verwaltung die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel im Sinne einer grundsätzlichen sozialen Versorgung für ausreichend.

Da es sich zudem um dauerhaft wiederkehrende zusätzliche Aufwendungen handelt, empfiehlt die Verwaltung im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung ab 2021 ff., den Antrag abzulehnen.